

## Haushaltsrede 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

In der letzten Haushaltsrede prognostizierten wir den städtischen Finanzen für das Jahr 2005 eine schwere Zeit. Der Verwaltungshaushalt werde wieder mit einem hohen Defizit abschließen, die Einnahmen im Vermögenshaushalt würden nicht so üppig fließen wie erhofft, ein Ausgleich des Gesamthaushalts sei nicht unbedingt zu erwarten. Um mit eigenen Bemühungen eine Haushaltskonsolidierung voranzutreiben, forderten wir Grünen eine maßvolle Erhöhung der Hebesätze und den Verzicht auf nicht notwendige Investitionen, konkret ging es um die Fußgängerbrücke hinter dem Rathaus.

Weder Verwaltungsspitze noch Mehrheitsfraktion wollten uns damals folgen, ja, der Bürgermeister warb bei der Opposition vehement um Zustimmung zu seinem Entwurf. Nun war die politische Großwetterlage vor einem Jahr noch eine grundsätzlich andere, als sie es heute ist. Die Verantwortung für die finanzielle Misere wurde allein Rot-Grün zugeschoben, die Hoffnungen der Mehrheit richteten sich auf einen Regierungswechsel in Düsseldorf, der binnen kurzer Zeit durch einen grundsätzlichen Stimmungsumschwung in NRW einen Wirtschaftsaufschwung mit sich bringen werde, wodurch wohl – so die stille Hoffnung – auch alle kommunalen Finanzprobleme schnellstens gelöst werden könnten. Nur so lässt sich die damalige Entscheidung der CDU interpretieren und verstehen. Damals hieß es auch noch von Seiten aller anderen Parteien, dass eine Steuererhöhung in der gegenwärtigen Lage ganz kontraproduktiv sei, ein Aufschwung allenfalls durch Steuersenkung zu erreichen sei.

Die Zeiten haben sich geändert, und zwar so heftig, wie man damals nicht voraussehen konnte. Die CDU ist seit einem Dreivierteljahr in NRW Regierungspartei (mit der FDP), seit 100 Tagen stellt sie in der Bundesrepublik Deutschland die Kanzlerin (mit der SPD zusammen), für Lüdinghausen könnte man sagen, dass sie "durchregiert". Anderen die Alleinschuld für die schlechte Kassenlage zu geben, fällt zunehmend schwer, die eigene Verantwortung musste irgendwann einmal auch in Lüdinghausen angenommen werden.

Dies wurde auch dringend nötig! Denn die Nachrichten aus der Stadtkämmerei übertrafen unsere schlimmsten Befürchtungen. Die Gewerbesteuererinnahmen brachen – gegen den bundesrepublikanischen Trend – noch weiter ein, und die Grundstücksverkäufe blieben selbst

hinter den vorsichtigen Erwartungen unserer Fraktion noch zurück. Der Jahresabschluss mit einem Defizit von rund 3 Mio € wird zur Hypothek für die kommenden Jahre. Dringende Investitionen konnten nicht getätigt werden, und – wie von mir vorausgesagt – auch die Fußgängerbrücke zwischen Rathaus und Bauhaus ist als nicht so dringend nicht gebaut worden, sondern vorsichtshalber ins Jahr 2009 verschoben worden. Wenn die Stimmen der Grünen für die Verabschiedung des letztjährigen Haushalts nötig gewesen wären und so die Hebesätze schon im letzten Jahr erhöht worden wären, ginge es dem Haushalt nicht gut, aber etwas besser. Aber die absolute Mehrheit entscheidet – und ist damit auch allein verantwortlich!

Gespannt war unsere Fraktion auf den Haushaltsentwurf für das Jahr 2006. Als wir ihn kurz vor Weihnachten erhielten, war uns klar, dass er keine Geschenke enthalten konnte und durfte, und wie wir nach ersten Überprüfungen feststellen mussten, enthielt er auch keine. Mit Genugtuung stellten wir außerdem fest, dass die Verwaltung diesmal unsere Forderung nach Erhöhung der Hebesätze aufgegriffen hat, um ein zu erwartendes weiteres Defizit im Verwaltungshaushalt zu begrenzen. Sie hat außerdem die schwer zu kalkulierende Gewerbesteuererinnahme recht vorsichtig im Haushaltsentwurf beziffert, um nicht falsche Erwartungen zu wecken, auch dies hatten wir Grünen bei den Etatberatungen im letzten Jahr angeregt, ebenso hat der Kämmerer den Verkauf der RWE-Aktien in den Haushalt eingestellt, wie von unserer Fraktion seit Jahren gefordert. Für mich war damit eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dem Haushaltsentwurf des Jahres 2006 zustimmen zu können.

Dies bedeutet nicht, dass wir Grünen uns über diesen Haushaltsentwurf freuen. Wir hätten den Bewohnern der Neubaugebiete gern die fertigen Straßen zeitnah gebaut. Wir hätten die Schulen gern sofort in einen besseren Bauzustand versetzt. Wir hätten die Kinder- und Jugendbetreuung gern nach notwendigem und wünschenswertem Standard ausgebaut. Wir hätten eine wirtschaftlich sinnvolle Erneuerung der Straßenbeläge, auch eine sinnvolle Renovierung der Steverseitenwegs, gefordert, wenn es die Haushaltslage zugelassen hätte. Aber wir haben uns zurückgehalten, weil wir wissen, dass auch in diesem Jahr ein Haushaltsausgleich nur unter Schwierigkeiten zu erreichen ist. Und wir müssen vermeiden, dass uns in den nächsten Jahren Defizite, die ohne große Not aufgenommen werden, durch Schuld- und Tilgungszinsen jeglichen Spielraum nehmen.

Wir Grünen haben nicht leichtsinnig für 2005 eine Erhöhung der Hebesätze vorgeschlagen. Uns war bewusst, dass damit eine Mehrbelastung auf jede Bürgerin, auf jeden Bürger zukommen würde – und das

ohne erkennbare Gegenleistung. Das ist schwer vermittelbar. Wenn aber zwischen Einnahmen und Ausgaben auf Dauer ein Schuldenloch zu klaffen droht, dann müssen die Ausgaben entweder radikal weiter gekürzt werden oder die Einnahmen müssen gesteigert werden. Wir alle müssen den Realitäten ins Auge sehen und erkennen, dass wir nur dann für unsere EinwohnerInnen Gemeinschaftsangebote (z.B. Schwimmbad, Musikschule, VHS) vorhalten können, wenn wir sie auch finanzieren können. Bund und Land trauen wir Grünen für die nächsten Jahre nicht zu, diese kommunalen Möglichkeiten erhalten zu können. Der Stadtrat muss selbst in den sauren Apfel beißen: Wenn wir diese Angebote weiter anbieten wollen und so unser Lüdinghausen weiterhin lebenswert erhalten wollen, müssen wir alle auch etwas dafür tun und unser Scherflein dazu beitragen.

Wir Grünen waren bereit, uns dieser Diskussion zu stellen, und wir sind bereit, diesen Weg für 2006 zu gehen. Den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden versprochen wir, die Belastung wieder zurückzuführen, wenn sich die Haushaltslage bessert, wenn vor allem die Großen auch wieder ihren angemessenen Beitrag zur städtischen Gewerbesteuer leisten.

Mit dieser Entscheidung sind wir Grünen in die Haushaltsberatungen eingestiegen. Wie im letzten Jahr war uns auch in diesem Jahr bewusst, dass neben der Gewerbesteuer der Ansatz für Grundstücksverkäufe mit einem hohen Risiko behaftet ist. Wir rechnen eigentlich nicht damit, dass der Ansatz wirklich erreicht wird. Deutlicher noch als im letzten Jahr sieht aber auch der Kämmerer dieses Risiko, sodass er Einsparungen bei verschiedenen Haushaltspositionen nicht für zusätzliche Ausgaben, sondern für die Reduzierung des Ansatzes bei den Grundstücksverkäufen genutzt hat, wohl wissend, dass hier der eigentliche Knackpunkt des diesjährigen Haushalts liegen wird.

Zu diesem Ansatz muss aus grüner Sicht etwas Grundsätzliches gesagt werden. Seit vielen Jahren nutzt die Stadt die Grundstücksverkäufe, um mit ihnen das strukturelle Defizit des Verwaltungshaushalts zu decken. Eigentlich sind sie Teil des Vermögenshaushalts und sollen auch investiv eingesetzt werden. So fehlen seit längerem die restlichen Mittel zum Endausbau der Straßen in den neuen Baugebieten, welche die dortigen Anlieger aber schon gezahlt haben. Die Stadt schiebt einen Investitionsstau von rund 4 Jahren vor sich her, weil das Geld schon anderweitig ausgegeben wurde. Die Verwaltung ist ständig auf der Suche nach möglichen neuen Baugebieten, damit dieses Rad weiter gedreht werden kann: Der Verkauf eines neuen Grundstücks finanziert so den Bau einer Wohngebietsstraße, welche die Anlieger ei-

gentlich schon vor Jahren finanziert haben. Es wird dabei nicht mehr genügend auf die Sinnhaftigkeit der Erschließung neuer Baugebiete geachtet, weil die Stadt unter dem Zwang steht, immer neue Grundstücke verkaufen zu müssen.

Da kommen der Verwaltungsspitze und der Mehrheitsfraktion Gutachten ganz zupass, die ein recht exorbitantes weiteres Bevölkerungswachstum in Lüdinghausen prognostizieren. Nach der wissenschaftlichen Qualität dieser Untersuchung wird nicht gefragt. Dabei müsste es doch einleuchten, dass Lüdinghausen nicht eine Insel der Seligen in einem ansonsten eher düsteren Meer des Bevölkerungsrückgangs sein kann. Auch Rat und Verwaltung der Stadt müssen sich darauf einstellen, dass im Prinzip das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Schauen wir uns auch einmal an, wo die neuen Baugebiete erschlossen werden. Sie befinden sich hier deutlich an der Peripherie der Stadt, sie zerfasern in die Landschaft, den Neubürgern, wenn es denn solche sind, werden weite Individualwege zur Nutzung der Infrastruktur zugemutet. Am Beispiel Paterkamp zeigt sich, welche Wege wir den Kindern zumuten.

Wir Grünen haben diesem Ansatz schweren Herzens diesmal dennoch zugestimmt, weil wir wissen, dass der Haushalt sonst nicht genehmigungsfähig wäre. Wir teilen die Hoffnung des Kämmerers nicht, in diesem Jahr den Ansatz erreichen zu können, sehen aber seine Not, ohne diesen Ansatz nur Stückwerk vorzeigen zu können. Wenn die Gewerbesteuer in diesem Jahr den Haushalt nicht stützt, werden wir alle ein dickes Problem bekommen. Denn dann wird es schwer werden, die Angebote aufrecht erhalten zu können, mit denen wir unseren Anspruch als Mittelzentrum begründen und die einer dauernden Bezuschussung bedürfen.

Wir Grünen haben den Anliegern der Baugebiete Paterkamp II und Kranichholz auch sagen müssen, dass wir das Geld für einen zügigen Ausbau der Wohnstraßen in 2006 nicht haben, und haben sie letztlich auf 2007 vertröstet. Wir haben der Absenkung der Abendbeleuchtung zugestimmt, weil wir damit in diesem Jahr vielleicht 10- bis 15.000 € sparen. Wir Grünen mussten zur Kenntnis nehmen, dass zur Einsparung von Schülerbeförderungskosten unsere Grundschüler über nicht unproblematische Wege geführt werden sollen. Der wahrscheinlichere Effekt wird der sein, dass Eltern ihren Kinder verstärkt mit dem privaten PKW zur Schule bringen werden, mit all den zu erwartenden negativen Folgen. Ich habe mit betroffenen Eltern darüber diskutiert, sie sahen den Zwang zum Sparen ein, sind hoffentlich bereit, innovative Wege zu gehen, welche die negativen Folgen minimieren. Weil

wir Grünen bereit waren, den Weg der Verwaltung zu unterstützen, waren wir auch bereit, diesen schmerzlichen Weg mit zu gehen zur Konsolidierung des Haushalts.

Wir hofften, dass wir dadurch, dass wir jeden an diesem Prozess finanziell fordern, auch jeden von dem geforderten Opfer überzeugen können.

Wir verstehen die Position der SPD nicht, die während der gesamten Haushaltsberatungen keinen Kürzungsvorschlag gemacht hat, aber den Weg der Hebesatzanhebung gerade im Bereich der Grundsteuern nicht mitgehen wollte. Das hätte zu einer weiteren Verschuldung der Stadt beigetragen, zukunftsweisend war das nicht.

Wir konnten zwar erkennen, dass die FDP Kultur für verzichtbar hielt und Kürzungen bei der Gebäudeunterhaltung zur Sanierung des Haushalts unterbreitete, damit aber ein Zusammenbrechen unserer Strukturen in Kauf nahm. Wir mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass die FDP weiterhin glaubt, ohne eigene Einnahmeverbesserungen bei den Hebesätzen die Lüdinghauser Probleme in den Griff bekommen zu können.

Wir hofften, dass die CDU die Andeutung zu Beginn der Haushaltsberatungen, die Anhebung der Grundsteuer A zu kompensieren, nicht wahr machen würde.

Leider ist es in der letzten Woche ganz genau so gekommen.

Nun kann man sagen, dass es sich hierbei ja nur um 20.000 € handle, und die Notwendigkeit der Sanierung der Wirtschaftswege stehe außer Frage. Aber wir Grünen sehen hier doch ganz prinzipielle Probleme:

1. Bei einem vom Defizit bedrohten Haushalt sollte man davon ausgehen, dass die Verwaltung die dringend notwendigen Ausgabenansätze auch in den Haushaltsentwurf eingebracht hat.
2. Wenn überall gespart wird (und ich habe genügend Beispiele genannt), ist nicht einzusehen, wenn eine Gruppe ein besonderes Privileg aushandeln kann.
3. Lüdinghausen entwickelt sich zunehmend zu einer Zwei-Bereiche-Stadt: Außen- und Innenbereich. Das Interessante daran ist, dass diese Bereichsaufteilung nur zutrifft, wenn der Außenbereich davon profitiert.
4. Eine Steuer ist, anders als eine Gebühr oder eine Abgabe, eine Einnahme, die nicht direkt einem bestimmten Ausgabenbereich zuzuord-

nen ist. Sie ist allgemein zur Finanzierung des Haushalts bereitzustellen. (Beispiel: Vergnügungssteuer).

Ich möchte diese Punkte kurz erläutern.

Kommen wir zum ersten Punkt: Natürlich kann jeder Fachbereich , ohne vor Scham erröten zu müssen, Hunderttausende Euros mehr anfordern. Wenn aber die Einnahmen begrenzt sind, müssen auch die Ausgaben begrenzt werden. Und ich denke, dass es den Kämmerer viel Mühe gekostet hat, das knappe zur Verfügung stehende Geld sinnvoll auf die Fachbereiche aufzuteilen. Bei der angespannten Haushaltslage wäre es ja auch vermessen, zusätzliches Geld zu fordern. Allenfalls eine andere Verteilung der knappen Mittel würde sich anbieten. Da aber beispielsweise Gemeindestraßen und Wirtschaftswege in einem gemeinsamen Deckungsring stehen, können notwendige Ausgaben des einen Bereichs durch Einsparungen im andern Bereich kompensiert werden. Eine Fachberatung über die besondere Reparaturbedürftigkeit der Wirtschaftswege hat nicht stattgefunden, hier wird eine nur politisch motivierte Forderung durchgesetzt.

Zum zweiten Punkt: Wir muten den Bewohnern des Innenbereichs manches zu, vor allem in den Neubaugebieten. Da wird die Streichung des Schulbusses aus dem Paterkamp für die Grundschulkinder angekündigt, da wird der Endausbau schon bezahlter Straßen weiter in die Zukunft geschoben. Wir haben das mitgetragen, weil wir den Zwang zur Sparsamkeit sahen. Wir mussten das auch vor den Anliegern so vertreten. Wie sollen wir jetzt vor sie treten und begründen, dass für den Außenbereich andere Regeln gelten? Man berücksichtige: Auch die Grundsteuer B wird erhöht, auch daraus könnten sich Ansprüche ableiten lassen.

Zum dritten Punkt: Im Bereich der Gebühren ist Lüdinghausen längst in zwei Bereiche eingeteilt, interessanterweise so, dass der Außenbereich grundsätzlich weniger zahlt. Wir Grünen haben im Zuge der Beratungen über Müllgebühren und die Gewinne des Abwasserwerks darauf hingewiesen. Drohte es dem Außenbereich einmal, mehr zahlen zu müssen, ich bin sicher, dann hätten wir auf einmal keine Zweiteilung mehr .

Und nun zum vierten Punkt: Wir erhöhen in diesem Jahr nicht nur die Hebesätze, wir führen auch ganz neue Steuern ein: Zweitwohnungssteuer und Vergnügungssteuer auf sexuelle Vergnügungen, dazu kommt die Durchführung einer Hundebestandsaufnahme. Stellen Sie sich einmal vor, die davon Betroffenen würden – ähnlich wie die Ver-

treter des Außenbereichs – eine Kompensation fordern? Wo kämen wir da hin?

Oder es würden sich im Innenbereich Interessengemeinschaften zu Einzelquartieren zusammenschließen und fordern, dass für ihren Anteil an der Grundsteuer B gefälligst ihre Straße bevorzugt erneuert werden müsste. Zu recht würde jeder der hier Anwesenden mit dem Kopf schütteln. Aber für den Außenbereich gelten andere Regeln!!

Ich vermute, dass die Vertreter des Außenbereichs sich zuerst quer gestellt haben, als es um die Erhöhung der Hebesätze ging. Um eine mögliche Blockade zu verhindern, hat man ihnen dann wohl dieses Angebot gemacht. Oder die Vertreter des Außenbereichs haben der Restfraktion der CDU vorgerechnet, wer ihnen denn wohl bei den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit in Lüdinghausen gesichert hat, und daraus Sonderrechte hergeleitet. Anders kann ich mir dieses grobe Foul der CDU-Fraktion nicht vorstellen. Und so können wir, so leid es uns tut, dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Für die zukünftigen Beratungen in den Ausschüssen und im Rat möchten wir den Aspekt der Nachhaltigkeit auf die Stadtentwicklung insgesamt ausgeweitet wissen. Zu vieles wird noch zu unkoordiniert nebeneinander her geplant, unsere Stadt wird nicht genügend zukunftsfähig gemacht. Dies kann nicht immer durch veränderte Zahlen im Haushaltsentwurf korrigiert werden, wir werden immer wieder im konkreten Fall darauf hinweisen.

Wir danken dem Bürgermeister, dem Kämmerer und der Verwaltung für die ansonsten fairen Haushaltsberatungen, wir hoffen, dass am Ende des Jahres eine schwarze Null unter der Jahresrechnung steht, und wir wünschen der Mehrheitsfraktion mehr Bürgersinn - für alle Bürgerinnen und Bürger.